

Brünn der deutschen Städte Österr.

Bivilstaatsverwaltung auch die Pflicht hat, die Länder und Gemeinden in der Durchführung dieser notwendigen sozialen Einrichtungen, welche doch nur eine Konsequenz des Krieges sind, zu fördern und zu unterstützen.

Von diesem Gesichtspunkte aus bitte ich, das in kurzen Umrissen gebrachte Referat zu unterstützen und diese Anregungen, wenn ich so sagen darf, als beispielgebend anzuerkennen. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Der allgemeine Beifall ermächtigt mich, dem verehrten Herrn Referenten den besten Dank auszusprechen.

Das Referat zerfällt in drei Teile; der erste Teil beinhaltet die Reform der Invalidenversorgung, in diesem Belange können wir natürlich nichts anderes machen, als an jene Faktoren zu appellieren, deren Pflicht es ist, die Reform durchzuführen und für die entsprechende Bedeckung zu sorgen.

Der zweite Teil, die Arbeitsvermittlung, wurde vom Herrn Referenten, was die Wiener und niederösterreichischen Verhältnisse anlangt, durch die geschaffenen Institutionen gekennzeichnet.

Der dritte Teil bildet die Vorarbeiten für eine neue Institution. Ich sage ganz offen, ich weiß nicht, ob die Herren geneigt sind, dazu Stellung zu nehmen, ich würde empfehlen, die entwickelten Grundsätze den Stadtverwaltungen zur Kenntnis zu bringen, damit sie in die Lage versetzt werden, sich die Sache an ihren lokalen Verhältnissen und Bedürfnissen zurechtzuliegen.

Wenn ich die Debatte jetzt eröffne, so bitte ich, die Gedanken des Herrn Referenten noch weiterzuspinnen. Es handelt sich ja nicht bloß darum, das soziale Empfinden der deutschen Stadtverwaltungen zu betätigen, sondern auch darum, das Armenbudget der Gemeinden zu entlasten und jene Faktoren heranzuziehen, die verpflichtet sind, diese Sorge zu übernehmen. Es spielt auch ein eminentes nationales Moment mit.

Das deutsche Volk in Österreich hat die größten Blutopfer gebracht, und wenn wir nicht alles aufbieten, um eine Proletarisierung der deutschen Städte zu verhindern, so haben wir nicht nur Opfer gebracht, sondern auch auf Generationen hinaus das eigene Volkstum schwer geschädigt. Ich bitte, auch von diesem Gesichtspunkte aus in die Debatte einzugehen.

Als erster Redner sprach Abgeordneter Dr. Carolin (Brünn) und führte aus:

Ich glaube, meine Herren, nur einer Pflicht zu entsprechen, wenn ich mir gestatte, dem Herrn Referenten für das lichtvolle und ganz ausgezeichnete Referat den Dank aller Anwesenden auszusprechen. Ich möchte auch die Bitte unterbreiten, Seine Excellenz möge die Güte haben, dieses Referat, das auch in anderen deutschen Städten Österreichs überaus bahnbrechend wirken könnte, den Stadtverwaltungen so rasch als möglich zugänglich zu machen und auch durch die Österreichische Städtezeitung veröffentlichen zu lassen.

In Bezug auf das erste Referat, betreffend Invalidenversorgung, möchte ich mir einiges zu bemerken erlauben:

Der Herr Referent hat darauf hingewiesen, daß die Regierung den Standpunkt vertrete, die veralteten Gesetze des Jahres 1875, dann der Achtziger- und Neunzigerjahre müßten im verfassungsmäßigen Wege renoviert werden. Ich glaube, nicht des Näheren erörtern zu müssen, daß wir den Zeitpunkt, in dem es möglich sein wird, derartige Gesetze im verfassungsmäßigen

Wege zu schaffen, dormalen noch nicht kennen. Wenn aber jemals eine Materie im Wege des § 14 geordnet werden könnte und sollte, so wäre es diese. Es gibt eine Reihe von Materien, die nicht so dringlicher Natur gewesen sind, als die Fürsorge für die Invaliden und für die Hinterbliebenen der Gefallenen.

Ich glaube, daß der Deutsch-österreichische Städtebund die Regierung auffordern sollte, die erforderlichen Maßnahmen so rasch als möglich zu treffen. Die Arbeitsvermittlung wird, worauf auch der Herr Referent hingewiesen hat, möglichst darauf Bedacht nehmen müssen, daß sie nicht nur einzelne Städte und Orte umfaßt, sondern ganze Länder. Wir in Mähren haben bereits seit Jahren eine Landes-Arbeitsvermittlungsstelle, welche mit lokalen Arbeitsvermittlungsstellen kooperiert, so daß es wohl möglich ist, auf diesem Gebiete Ersprießliches zu leisten. Jene Herren, welche auch in national gemischten Ländern sind, möchte ich mir darauf hinzuweisen erlauben, daß es wohl am zweckmäßigsten ist, auch in diesem Belange national getrennt zu arbeiten, damit nicht etwa wie es in Böhmen und teilweise auch in Mähren der Fall ist, die slavischen Stämme bevorzugt werden.

Was nun die Kriegerheimstätten betrifft, so erlaube ich mir darauf hinzuweisen, daß es unendlich dankenswert ist, daß die Reichshauptstadt Wien uns diesfalls mit gutem Beispiel vorgegangen ist. Ich gestatte mir anknüpfend an das Referat des Herrn Ober-Kurators Steiner darauf hinzuweisen, daß schon im Jahre 1872 unmittelbar nach dem deutsch-französischen Krieg eine Denkschrift des Bundes der Wohnungsgenossenschaften, beziehungsweise der Wohnungsinhaber an den deutschen Reichskanzler gerichtet wurde, daß man so rasch als möglich kleine Wohnungen für die heimkehrenden Krieger herstellen möge, weil die Verhältnisse, die damals zutage traten, wirklich trostlos waren. Derartige Erscheinungen werden sich, wenn auch etwas abgeschwächt, wiederholen, und ich glaube daher ganz im Sinne des Herrn Referenten zu sprechen, wenn ich den Herren nahelege, auch zuhause in den Gemeinden, welche sie vertreten, dahin zu wirken, daß so rasch als möglich für Kriegerheimstätten vorgeorgt werde. In Brünn ist die Sache teilweise schon in die Wege geleitet, und ich habe mir gestattet, am 18. Juni 1915 auf dem deutsch-mährischen Städtetag darauf hinzuweisen.

Ich möchte nicht empfehlen, daß die Gemeinden solche Einrichtungen selbst in die Hand nehmen, und zwar aus Gründen, die der Herr Referent bereits angedeutet hat.

Die sozialdemokratische Partei hat sich entschieden dagegen ausgesprochen, nachdem sie auf dem Standpunkte steht, daß ihre Parteiangehörigen dadurch in eine wirtschaftliche Abhängigkeit von den Gemeinden geraten. Aber auch wir selbst haben das lebhafteste Interesse, daß diese Heimstätten nicht von den Gemeinden selbst erbaut werden, sondern daß die Gemeinden öffentliche Körperschaften oder Private, welche sich damit befassen, so gut als möglich unterstützen. In Brünn haben wir eine gemeinnützige Baugesellschaft für Arbeiterwohnungen, welche sich ausgezeichnet betätigt und bereits eine große Zahl Wohnungen (150) schon vor dem Kriege errichtet hat, und welche von der Gemeinde durch Zeichnung von Aktien und unentgeltliche Beistellung der sogenannten Polizeianstalten Wasserleitung, Beleuchtung, Kanalisierung unterstützt wird, so daß es möglich ist, billige, gesunde und einwandbare Wohnungen zu schaffen, und zwar ausschließlich für deutsche Arbeiter und deutsche Kleingewerbetreibende, Beamte und Lehrer. Ich möchte